

Am 26. März 2009 ist in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft getreten. Damit hat Deutschland sich verpflichtet, in allen Bereichen der Gesellschaft und seinen Institutionen inklusiv zu werden.
Ein kommunaler Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention für Ratingen ist überfällig.

a. Wann soll in Ratingen ein kommunaler Aktionsplan starten? (bitte konkrete Zeitangaben)

Antwort Woywod: Meiner Ansicht nach muss dies sofort gestartet werden.

b. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein kommunaler Aktionsplan erarbeitet wird?

Antwort Woywod: Ich sehe nur die Möglichkeit eine entsprechende Arbeitsgruppe einzusetzen, Betroffene zu Beteiligten machen und selber mitmachen.

c. Welche politischen Schwerpunkte bezüglich eines Aktionsplanes würden Sie vertreten?

Antwort Woywod: Die Piratenpartei steht für Teilhabe und Mitmachen. Unsere Themen sind: Inklusives Schulsystem, barrierefreie Notrufsysteme, der Förderung der Gebärdensprache und den Ausbau der Barrierefreiheit in Behörden und öffentlichen Einrichtungen.

2. Inklusion ist eine Leitidee der Barrierefreiheit, mithilfe derer die eigenen Vorurteile überdacht werden, die Kommunikation mit anderen reflektiert wird, das eigene Team oder die eigene Institution mit anderen Augen wahrgenommen wird, Barrieren wahrgenommen und abgebaut werden und neue Ressourcen, Chancen und Potentiale entdeckt werden.

a. Welche kommunalen Aktionsfelder sehen Sie als zukünftiger Bürgermeister hinsichtlich dieses Leitbildes als vorrangig an?

Antwort Woywod: Im kommunalen Bereich sehe ich die Prioritäten wie folgt:

- a) Barrieren wahrnehmen, die Perspektive erweitern und Vorurteile abbauen
- b) Entwicklung von Chancen, entdecken von Potentialen und Ressourcen

b. Welche Prozesse diesbezüglich wollen Sie in Ratingen in Gang setzen?

Antwort Woywod:

Um zu verstehen, welche Schritte notwendig sind, muss auf drei Handlungsebenen eine Bestandaufnahme erfolgen:

- Stadt als Wohn- und Lebensort
- Inklusive Entwicklungen
- Kooperation und Vernetzung

3. Inklusion verfolgt das Ziel, das Menschenrecht auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Einwohner/innen zu garantieren.

a. Die Informationsschriften für die Öffentlichkeit und der Internet-Auftritt der Stadt Ratingen stehen bislang nicht in leichter Sprache zur Verfügung. Welche Schritte planen Sie als zukünftiger Bürgermeister, um allen Ratinger Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Information zu sichern?

Antwort Woywod: "Leichte Sprache" muss für alle öffentliche Kommunikation zwingend vorgeschrieben werden. An erster Stelle steht natürlich der Internet-Auftritt, der aus meiner Sicht nicht nur bezüglich Leichter Sprache überarbeitet werden muss, sondern auch bezüglich Barrierefreiheit und Nutzerergonomie.

4. Der VIII. Abschnitt des neuen Schulgesetzes in NRW widmet sich den geänderten Schulträgeraufgaben. In § 80 steht: „**Schulen und Schulstandorte** sind unter Berücksichtigung des Angebots anderer Schulträge so zu planen, dass schulische Angebote aller Schulformen und Schularten einschließlich allgemeiner Schulen als Orte des Gemeinsamen Lernens (§20 Absatz 2) unter möglichst gleichen Bedingungen wahrgenommen werden können. Die Schulträger sind verpflichtet, in enger Zusammenarbeit und gegenseitiger Rücksichtnahme auf ein regional ausgewogenes, vielfältiges, inklusives und umfassendes Angebot zu achten.“

Bislang ist die Verwaltung der Stadt Ratingen ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen. Die Fraktionen im Rat der Stadt Ratingen haben die Verwaltung nicht beauftragt, diese Aufgabe für das Schuljahr 2014-15 umzusetzen. Deshalb sind 25 Anträge von Eltern behinderter Kinder auf „Gemeinsamen Unterricht“ an der weiterführenden Schule der Schulaufsicht überlassen worden. Erst am ersten Anmeldetag für die SEK I hatten die Eltern den Bescheid in der Post, wo sie ihr Kind anmelden können.

Was planen Sie als zukünftiger Bürgermeister hinsichtlich der Umsetzung der im Schulgesetz benannten Verpflichtungen des Schulträgers, Orte des Gemeinsamen Lernens für das Schuljahr 2015/16 frühzeitig einzurichten und damit auch rechtzeitig zu benennen, um allen angehenden Schülerinnen und Schülern der weiterführenden Schule geeignete gemeinsame Förderorte zu ermöglichen?

Antwort Woywod: Ich verstehe nicht, aus welchen Gründen die Stadtverwaltung ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen ist. Ebenfalls nicht nachzuvollziehen ist, warum die Fraktionen die Verwaltung nicht beauftragt haben. Gesetze sind Gesetze!

5. In Ratingen ist konzeptionell verankerter „Gemeinsamer zieldifferenter

Unterricht“ bisher nur an zwei Grundschulen realisiert. Das bedeutet, dass Kinder mit Lernschwierigkeiten nicht wohnortnah beschult werden können. Die Praxis an den weiterführenden Schulen grenzt Kinder mit Lernschwierigkeiten bisher weitgehend aus oder setzt eine „Schule in der Schule“ um.

Wie beabsichtigen Sie als zukünftiger Bürgermeister den gesetzlichen Anspruch der Eltern behinderter Kinder auf „Gemeinsamen zieldifferenten Unterricht“ bei einer Wiederwahl umzusetzen? (bitte nennen Sie konkrete Beispiele)

Antwort Woywod: Ich kann an dieser Stelle nur ehrlicher Weise sagen, dass ich mich für das Ziel “Gemeinsamen zieldifferenten Unterricht” einsetze, ich für eine konkrete Beispielumsetzung nicht alle finanziellen, rechtlichen und operative Implikationen kenne. Ich selbst habe die Erfahrung in Kalifornien gemacht, dass ein wichtiger Punkt bei der Umsetzung natürlich die Betreuung im Unterricht ist. Das könnte bedeuten, dass beispielsweise durch zusätzliche Ressourcen, wie “Hilfslehrer” (freiwillige Eltern, die entsprechende Schulung erhalten), eine Zieldifferenzierung ermöglicht wird.

6. In Ratingen ist eine Umsetzung zur Schaffung einer inklusiven Bildungslandschaft noch nicht erfolgt, über Absichtserklärungen sind bislang keine konkreten Schritte gegangen worden, ein Zeitrahmen wurde nicht gesetzt. Eine Umsetzung könnte durch einen Inklusionsplan im Zeitraum der nächsten 10 Jahre erfolgen, wenn dies beschlossen würde. Diese Aufgabe erfordert personelle Ressourcen in der Verwaltungsorganisation, die nicht neben dem üblichen Arbeitsaufwand nebenher geleistet werden können.

a. Werden Sie als zukünftiger Bürgermeister die Schaffung einer inklusiven Bildungslandschaft (Inklusionsplan) umsetzen und einen absehbaren konkreten Zeitrahmen festlegen?

Antwort Woywod: Umgesetzt wird immer nur dann, wenn es einen entsprechende Plan gibt, der Verantwortlichkeiten, Ressourcen, Zeitpläne und Meilensteine benennt. Der Bürgermeister ist Chef der Verwaltung. Aus meiner Sicht gibt es keinen Grund, den Inklusionsplan für Ratingen noch länger hinaus zu zögern.

b. Werden Sie hierfür personelle Ressourcen in der Verwaltung schaffen?

Antwort Woywod: wer a) sagt muss auch b) sagen!

c. Welche inklusionpolitischen Akzente planen Sie nach der Wahl als Bürgermeister in Ratingen umzusetzen?

Antwort Woywod: In der vibra Broschüre heißt es: “Inklusion ist eine Haltung”. Dem stimme ich uneingeschränkt zu. Ich bin der Meinung, dass der Umgang mit Minderheiten den Wert eines Gemeinwesens zeigt. Dies trifft nicht nur auf Menschen mit Behinderungen, sondern auch auf andere Randgruppen zu. Um den Prozess des Kennenlernens zu beginnen, rege ich an, einen “Tag der Vielfalt” ins Leben zu rufen.

Nach dem Vorbild der “Integrierten Handlungskonzepte für die Stadtentwicklung” könnten die inklusionspolitischen Akzente erarbeitet und entsprechend abgearbeitet werden.